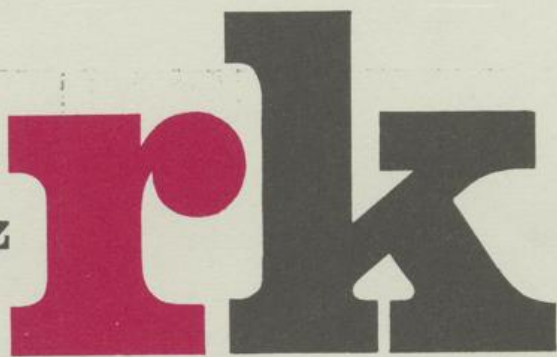


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 26. Juli 1983

Blatt 2053

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Stacher: Stummvoll-Forderungen aus Wiener Zielplan?  
(grau)

Kommunal:  
(rosa)

Sicherheitsgurten und Sturzhelme retten Leben  
Terminvorschau vom 27. Juli bis 3. August  
Hofmann: Gutachten über Fertigteilbauten  
Rautner für Grinzinger Abfahrt von der Nordbrücke  
Neue Prototypen für die U 3  
Ab Sonntag gibt's ein Stück Insel mehr

Lokal:  
(orange)

Es geschah vor 300 Jahren

Nur

über FS: 25.7. Feuerwehr entdeckte bei Tauchübung ein Autowrack  
26.7. Schon wieder brannte ein Fernsehgerät  
Eiserne Hochzeit in der Brigittenau

.....  
Bereits am 25. Juli 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Stacher: Stummvoll-Forderungen aus Wiener Zielplan?

=++++

9 #Wien, 25.7. (RK-KOMMUNAL) Es sei erfreulich, daß der  
öVP-Abgeordnete Dr. Stummvoll nunmehr eben jene Forderungen erhebe,  
die in Wien bereits im Zielplan für die Krankenversorgung und  
Altenhilfe festgelegt sind, betonte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof.  
Dr. Alois STACHER Montag zu einer entsprechenden Aussendung des  
öVP-Pressedienstes. Grundsätze der Krankenversorgung wie etwa  
ambulante Hauskrankenpflege (durch die Mobilen Schwestern),  
Dezentralisierung der Spitäler (durch den Bau des SMZO), Maßnahmen  
auf dem Sozialektor wie Heimhilfe usw., die dem Menschen helfen,  
auch im Alter möglichst in seiner Wohnung zu bleiben, und die  
Maßnahmen zur Förderung der Ansiedlung von Ärzten werden in Wien  
seit Jahren durchgeführt und laufend erweitert.#

Auch einer weiteren Forderung des Wiener Gesundheitsstadtrats  
schließt sich der öVP-Abgeordnete nun an, nämlich der Forderung nach  
einem Pflegepraktikum während des Medizinstudiums. Dieses Praktikum  
sollte allerdings, so Stacher, in den ersten Semestern und nicht vor  
Studienbeginn absolviert werden.

"Was das AKH anbelangt, so ist es klar, daß die  
Betriebsorganisation ständig überprüft und neuen Gegebenheiten  
angepaßt werden muß, betonte Stacher. Auch bei der  
medizinisch-technischen Ausrüstung wird genau kontrolliert, welche  
Einrichtungen tatsächlich notwendig sind. Eine  
Bedarfsprüfungskommission schein dagegen nicht zielführend. Dies  
würde lediglich die Schaffung einer Kommission bedeuten, die jene  
Aufgaben nochmals macht, welche jetzt bereits von der ARGE AKH  
wahrgenommen werden.

Zu den Stummvoll-Wünschen nach einem dezentralisierten,  
bürgernahen und rasch erreichbaren System der Gesundheitssicherung  
wies Stacher auf die in Wien bereits durchgeführten Projekte wie  
Sozialdienste, mobile Schwestern, soziale Stützpunkte usw. hin. Wie  
der Gesundheitsstadtrat außerdem betonte, wird derzeit ein neuer  
Zielplan ausgearbeitet, der die Ergebnisse der Volkszählung 1981 und  
die damit mögliche Bedarfsänderung berücksichtigt. (Schluß) hs/ko

NNNN

Es geschah vor 300 Jahren

Utl.: Aus Augenzeugenberichten von der Türkenbelagerung 1683

=++++

2       Wien, 26.7. (RK-LOKAL) Die Belagerung Wiens durch die Türken vom 13. Juli bis 12. September 1683 war für die Bevölkerung der Stadt ein einschneidendes Ereignis. Die "RATHAUSKORRESPONDENZ" informiert bis 14. September täglich in einer vom Wiener Stadt- und Landesarchiv zur Verfügung gestellten Kurzfassung über die wichtigsten Geschehnisse während der Belagerung. In der vom Landesarchiv präsentierten Ausstellung "Erinnerungen an das Türkenjahr 1683" (Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, Stiege 6, 1. Stock) wird eine Sondervitrine unter dem Titel "Es geschah vor 300 Jahren" täglich neu gestaltet.

MONTAG, 27. JULI 1683

Die Osmanen versuchten, die am 23. Juli in der Burgbastion gemachte Bresche neuerdings zu stürmen, es ging ihnen aber nicht besser als damals.

Die Steueramts-Diener mußten aber in allen Häusern neuerdings einsagen, daß man die Keller vorsichtig bewache und jedes Zeichen irgendeiner Minierung sogleich angebe. Auch ließ der Bürgermeister ein ganzes Faß voll dreispitziger Fuß Eisen verfertigen, die beim Stürmen des Feindes in den Stadtgraben geworfen werden sollten.  
(Schluß) am/ko

NNNN

Sicherheitsgurten und Sturzhelme retten Leben (1)

Utl.: Stadtrat Rautner tritt für Bestrafung der "Gurten- und Helmmuffel" ein

=++++

3 #Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Allein im Jahr 1982 hätte es bei Verkehrsunfällen in Wien bis zu 45 Tote weniger gegeben, wären die Autoinsassen angegurtet gewesen - wie es seit 1976 im österreichischen Kraftfahrzeuggesetz vorgeschrieben ist. 3.200 Verletzte in Personenkraftwagen wären bei den Unfällen viel geringer oder überhaupt nicht verletzt worden. Insgesamt wurden im Wiener Straßenverkehr 1982 10.183 Personen verletzt und 126 getötet. Das stellte Bautenstadtrat Roman RAUTNER Dienstag vormittag im Pressegespräch des Bürgermeisters fest. Stadtrat Rautner wandte sich gegen die irrige Meinung vieler Autofahrer, infolge der geringeren Geschwindigkeiten im Stadtverkehr könne ihnen bei einem Unfall nicht viel passieren. Schon bei einem Zusammenstoß mit 50 Stundenkilometer treten jedoch Kräfte auf, die einem freien Fall aus 10 Meter Höhe, also vom 3. bis 4. Stockwerk eines Hauses, entsprechen. Einen Sprung aus 10 Meter Höhe kann man keinesfalls durch Abstützen mit den Armen auffangen. Daher ist es bereits bei "Tempo 50" unbedingt notwendig, die Sicherheitsgurten anzulegen. Da das in Wien aber nur etwa ein Drittel der Autofahrer und Beifahrer macht, sprach sich Stadtrat Rautner - ebenso wie vor kurzem Verkehrsminister Karl Lausecker - eindeutig dafür aus, die Nichtverwendung der Sicherheitsgurten unter Strafe zu stellen. #

Stadtrat Rautner stellte fest, daß die Zahl der Todesfälle von PKW-Insassen bei Verkehrsunfällen in Wien unmittelbar nach Einführung der Gurtenanlegepflicht auf die Hälfte zurückgegangen ist: 1975 gab es 66 Tote, 1976 wurde die Anlegepflicht verordnet, 1977 gab es 32, 1978 nur mehr 31 Tote in Personenkraftwagen. Seither nimmt die Zahl der Todesfälle jedoch wieder stark zu. (Forts.)  
sc/gg

NNNN

## Sicherheitsgurten und Sturzhelme retten Leben (2)

=++++

4 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Wie das Referat für Verkehrssicherheit der für die Verkehrsorganisation und technischen Verkehrsangelegenheiten zuständigen Magistratsabteilung 46 ermittelt hat, sind die hohen Todes- und Verletztenraten der vergangenen Jahre vor allem darauf zurückzuführen, daß die zulässigen Geschwindigkeiten überschritten wurden und die PKW-Benützer nicht angegurtet waren. Da die Stadt Wien überlegt, auf sehr gut ausgebauten Straßen im Stadtgebiet die Geschwindigkeitsgrenze anzuheben, ist es umso wichtiger, daß die Sicherheitsgurten auch tatsächlich angelegt werden. Eine Fahrgeschwindigkeit von 60 Kilometern pro Stunde entspricht bei einer Kollision bereits einem freien Fall aus 14 Meter Höhe, eine Fahrgeschwindigkeit von 70 Kilometern pro Stunde einem freien Fall aus 19 Meter Höhe.

## Zwtl.: Sturzhelme verringern Kopfverletzungen

Ähnlich verhält es sich bei der Sturzhelmpflicht, die seit 1979 besteht. Bis zu 1.600 Lenker und Mitfahrer von Mopeds, Kleinmotorrädern und Motorrädern wären 1982 in Wien bei Unfällen in weit geringerem Maße verletzt worden, wenn sie einen Sturzhelm getragen hätten. Ein Teil der 15 Todesfälle wäre zu vermeiden gewesen. Aber nur etwa 20 Prozent der Mopedfahrer in Wien tragen einen Sturzhelm; und der Anteil der "Helmträger" unter den Kleinmotorrad- und Motorradfahrern sowie -mitfahrern ist auch nicht wesentlich höher.

Stadtrat Rautner wies darauf hin, daß bei einem Unfall schwerste Kopfverletzungen vermieden werden können, wenn Lenker und Mitfahrer von Krafträdern Sturzhelme tragen. Gerade im Stadtgebiet soll man nicht auf die schützenden Sturzhelme verzichten, da die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls auf den Kreuzungen im städtischen Straßennetz höher ist als auf Freilandstraßen. Auf den 2.500 Kilometer langen Straßen in Wien gibt es rund 10.000 Kreuzungen, auf denen sich 60 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen. (Forts.) sc/gg

NNNN

Sicherheitsgurten und Sturzhelme retten Leben (3)

=++++

5 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Abschließend stellte Stadtrat Rautner fest: "Es ist unfassbar, wieviel menschliches Leid und Elend durch Verkehrsunfälle hervorgerufen werden. Daher muß man alles unternehmen, um die Todes- und Verletzungsrate zu senken. Die Gurtenanlegepflicht und die Sturzhelmpflicht mit Strafsanktionen könnten nachweisbar viele Menschenleben retten und den Grad der Verletzungen verringern. Ich bin daher für Strafmaßnahmen, wenn das bestehende Gesetz nicht eingehalten wird. Bis zur Behandlung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes im Parlament appelliere ich an die Autofahrer und die Motorradfahrer, auch im Stadtverkehr die Sicherheitsgurten anzulegen beziehungsweise Sturzhelme zu tragen - in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Familien!"

(Forts. mgl.) sc/gg

NNNN

Terminvorschau vom 27. Juli bis 3. August

=++++

6 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) In der Woche von Mittwoch, 27. Juli, bis Mittwoch, 3. August, fallen im Wiener Rathaus folgende Termine an:

MITTWOCH, 27. JULI:

10.00 Uhr, Eröffnung der Flughafenautobahn, Bautenminister Sekanina, Stadtrat Rautner

10.30 Uhr, Pressekonferenz Europeade, PID

11.00 Uhr, Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an den Direktor des Besoldungsamtes der Stadt Wien, Hofrat Franz Rauscher

DONNERSTAG, 28. JULI:

8.15 Uhr, Gemeinderätliche Personalkommission

10.00 Uhr, Pressefahrt Ferienspiel, Abfahrt vom Rathaus

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

SAMSTAG, 30. JULI:

12.45 Uhr, Rundfunksendung des Bürgermeisters

DIENSTAG, 2. AUGUST:

10.00 Uhr, Landesregierung und Stadtsenat

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters

MITTWOCH, 3. AUGUST:

10.00 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung "Walter Zednicek - Otto Wagner, Photographien" im Otto-Wagner-Pavillon am Karlsplatz

(Schluß) sti/gg

NNNN

Hofmann: Gutachten über Fertigteilbauten (1)

=++++

8 #Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 39, die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien, soll - aufbauend auf den bereits geleisteten Vorarbeiten - ein umfassendes Gutachten über die von der Fertigteilbau errichteten Wohnhausanlagen der Stadt Wien erstellen. Für die von anderen Firmen errichteten Wohnhausanlagen soll im Einvernehmen mit der zuständigen Innung und der Kammer ein anderer Gutachter bestellt werden, um jeden Anschein der Parteilichkeit zu vermeiden. Dies erklärte Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN, den die "RATHAUSKORRESPONDENZ" telefonisch in seinem Urlaubsort in Kärnten erreichte, zu der von der ÖVP vorgebrachten Kritik an diesen Bauten. Damit soll auch der seit Jahren geführte Streit durch wissenschaftliche Gutachten entschieden werden, ob an den in einem kleinen Teil der Wohnungen aufgetretenen Schimmelbildungen Baumängel oder falsches Wohnverhalten schuld sind. Zu der von der ÖVP erhobenen Forderung nach einem "Baummängel-Ombudsmann" verwies Hofmann darauf, daß er bereits vor zwei Wochen die Einrichtungen dezentraler, unabhängiger Wohnungskommissionen für Anfang 1984 angekündigt hat. An diese Kommissionen, in denen auch die ÖVP vertreten sein wird, können sich Mieter mit Beschwerden wenden.

Hofmann: "Gemeinderat Ing. Worm hat in seiner Pressekonferenz allerdings vergessen, auch aufzudecken, daß Stadtrat Fürst nicht einmal weiß, daß selbstverständlich auch Gemeindebauten der Bauordnung unterliegen. Dies ist umso verwunderlicher, als die Baubewilligung für jedes städtische Wohnbauvorhaben zusätzlich auch noch vom zuständigen Gemeinderatsausschuß genehmigt werden muß und für die von der ÖVP heute kritisierten Bauten auch mit den Stimmen der ÖVP erteilt worden sind."

Zwtl.: Kein "Geheimgutachten"

Das von ÖVP-Gemeinderat Ing. Worm zitierte, angeblich geheime Gutachten der MA 39 war, wie das zuständige Referat der Baudirektion der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilt, keineswegs geheim, bezog sich aber in Zusammenhang mit einer konkreten Beschwerde nur auf eine einzige Wohnung am Rennbahnweg. Es komme im übrigen zu dem Schluß, daß trotz gewisser konstruktionsbedingter wärmetechnischer Schwachstellen - wie sie in unterschiedlichen Formen in jedem Bauwerk bestehen - bei ausreichender Belüftung und Beheizung keine Schimmelbildung auftritt. (Forts.) ger/gg

NNNN



Hofmann: Gutachten über Fertigteilbauten (2)

=++++

9 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Grundsätzlich, so die Baudirektion, ist es aber natürlich klar, daß an Bauten in den 60er und frühen 70er Jahren - nicht nur bei Gemeindebauten und nicht nur in Wien - wesentlich andere Maßstäbe an die Wärmedämmung gelegt wurden als heute, was auch in den Novellierungen der Bauordnung zum Ausdruck kam.

Insgesamt gab es am Rennbahnweg bei 2427 Wohnungen 121 Beschwerden über Schimmelbildungen, in der Großfeldsiedlung bei 5560 Wohnungen 187, am Schöpfwerk bei 1700 Wohnungen 65. Die Mehrzahl dieser Fälle wurde in der Zwischenzeit bereits behoben. Im einem großen Teil der Fälle lagen, so die Baudirektion, keine Bauschäden vor.

Zu der Kritik an den Baumängeln in der Wohnhausanlage Am Schöpfwerk stellt die Baudirektion fest, daß die hier aufgetretenen Mängel zum großen Teil noch in die Gewährleistungsverpflichtung der Firmen fallen, da diese Mängel, nach Klärung der Ursache, auch zu beheben waren. (Schluß) ger/ko

NNNN

Rautner für Grinzinger Abfahrt von der Nordbrücke

=++++

10 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Bautenstadtrat Roman RAUTNER sprach sich Dienstag vormittag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters für den Ausbau der Auffahrt von der Grinzinger Straße zum Nordknoten und der Abfahrt vom Nordknoten zur Grinzinger Straße aus. Der geplante Ausbau soll nur dem örtlichen Verkehr dienen. Es wird in kurzer Zeit Gespräche mit den Bezirksvertretungen geben, um eine zweckmäßige Lösung zu finden.

Die Novelle 1983 zum Bundesstraßengesetz 1971 sieht vor, daß der Bund nun auch die Kosten von Auf- und Abfahrtsrampen zu und von Bundesstraßen trägt. (Schluß) sc/ko

NNNN

## Neue Prototypen für die U 3

=++++

11 #Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL kündigte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die Anschaffung neuer U-Bahn-Prototypen für die Linie U 3 an. Ende 1985 soll das erste Fahrzeug der neuen Generation fertig sein. #

Die Teilstrecke Kundmanngasse - Volkstheater der U 3 soll 1991 in Betrieb gehen, weitere Teilstrecken werden in kurzen Abständen folgen. Wegen der Lieferzeiten muß bereits 1987 der dafür erforderliche Wagenpark in Auftrag gegeben werden. Die derzeit verwendeten U-Bahn-Wagen wurden in den Jahren 1968/69 geplant, seither hat sich die Halbleitertechnik bedeutend weiterentwickelt. Nun ist es möglich, die Wagensteuerungs- und Traktionseinrichtungen so zu konstruieren, daß die während der Bremsvorgänge verlorene Energie in die Stromschiene rückgespeist wird. Damit wird einerseits die Aufheizung der Tunnel vermindert, andererseits der Energieverbrauch um ungefähr ein Viertel gesenkt.

Weiters wird statt des Gleichstrommotors ein Drehstromsynchronmotor mit Einzelachsenantrieb verwendet. Diese Antriebsform führt zu einer geringeren Abnutzung von Rad und Schiene. Auch auf dem Gebiet des Sicherheitswesens sollen die gewonnenen Erkenntnisse bei der Neukonstruktion voll berücksichtigt werden. Das optische Bild der U-Bahn wird sich nicht ändern.

Für die Erprobung dieser neuen technischen Komponenten ist die Anschaffung von neun Prototypfahrzeugen erforderlich, die bis August 1986 fertiggestellt sein sollen. Die Kosten werden auf der derzeitigen Preisbasis etwa 333,5 Millionen Schilling betragen. Stadtrat Hatzl verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf die Möglichkeiten für die Wiener Wirtschaft, im besonderen für die Fahrzeugindustrie, die sich durch die Ausschreibung der neuen U-Bahn-Wagen ergeben werden. (Schluß) roh/gg

NNNN

Ab Sonntag gibt's ein Stück Insel mehr (1)

Utl.: FKK-Bereich im Norden vergrößert

=++++

12 #Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Sonntag, den 31. Juli, 9 Uhr, gibt's wieder ein Stück Donauinsel mehr: Insel und Neue Donau zwischen Wehr I bis zur Badebucht zwischen Ostbahnbrücke und Steinspornbrücke können dann benutzt werden. In diesem Bereich gibt es auch einen Behindertenstrand, von dem Rollstuhlfahrer leicht ins Wasser gelangen. Außerdem wird der bestehende FKK-Bereich im Nordteil der Insel, beim Einlaufbauwerk Langenzersdorf, um die erste Badebucht auf der Inselfeite erweitert. Das teilte Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.#

Der neue Abschnitt der Donauinsel ist - Insel und linkes Ufer zusammengerechnet - rund vier Kilometer lang. Er ist für Kinder durch den flachen Strand besonders attraktiv. In diesem Bereich können auch Rollstuhlfahrer leicht ins Wasser gelangen, da der Treppelweg teilweise unter Wasser verläuft. Große alte Bäume sorgen für Schatten im neuen Teil der Insel. Für jedermann zugängliche Sportplätze mit Fußball- und Basketballtoren, WC-Anlagen und ein gastronomischer Stützpunkt stehen zur Verfügung. Erreichbar ist der neue Abschnitt der Insel, den Stadtrat Schieder am Sonntag um 9 Uhr freigeben wird, mit dem Rad über die Praterbrücke (dann nach links und über das Wehr I auf die Insel), mit der Schnellbahn (Haltestelle Lobau) oder mit dem Bäderbus "91 A", der zusätzlich zur schon bestehenden Station in diesem Bereich noch eine weitere Haltestelle erhalten wird.

FKK ist in diesem Abschnitt nicht erlaubt. Oben Ohne natürlich schon. Um auch den FKK-Fans mehr Platz zu bieten, wurde das Nacktbadegelände im Nordteil vergrößert: FKK ist hier nun nicht nur in der ersten Badebucht nach dem Einlaufbauwerk am linken Ufer, sondern auch in der ersten Bucht auf der Inselfeite möglich.

(Forts.) hs/gg

NNNN

Ab Sonntag gibt's ein Stück Insel mehr (2)

=++++

13 Wien, 26.7. (RK-KOMMUNAL) Wie Schieder im Pressegespräch weiter betonte, wurden bei der Donauinsel in letzter Zeit mehrere infrastrukturelle Verbesserungen durchgeführt. 16 zusätzliche Sanitärgruppen mit je vier bis sechs WC-Anlagen, zusätzliche Abfallkübel und die Vermehrung des Parkplatzangebots von 15.000 im vergangenen Jahr auf jetzt 30.000 Abstellplätze gehören dazu. Außerdem wird überlegt, ob an heißen Wochenenden zwei zusätzliche Taucher für die Sicherheit der Besucher sorgen sollen. Die Gastronomiebetriebe, die am linken Ufer fixe Standplätze haben, sollen in Zukunft dazu verpflichtet werden, Dependancen auf dem gegenüberliegenden Abschnitt der Insel einzurichten und so die Erholungssuchenden besser mit Essen und Getränken zu versorgen.

Im Rahmen des Pressegesprächs stellte Schieder außerdem den neuen Donauinsel-Atlas vor, der beim Presse- und Informationsdienst, Rathaus, 1082 Wien, und ab kommender Woche auch bei den Bürgerdienst-Außenstellen erhältlich ist. (Schluß) hs/gg

NNNN